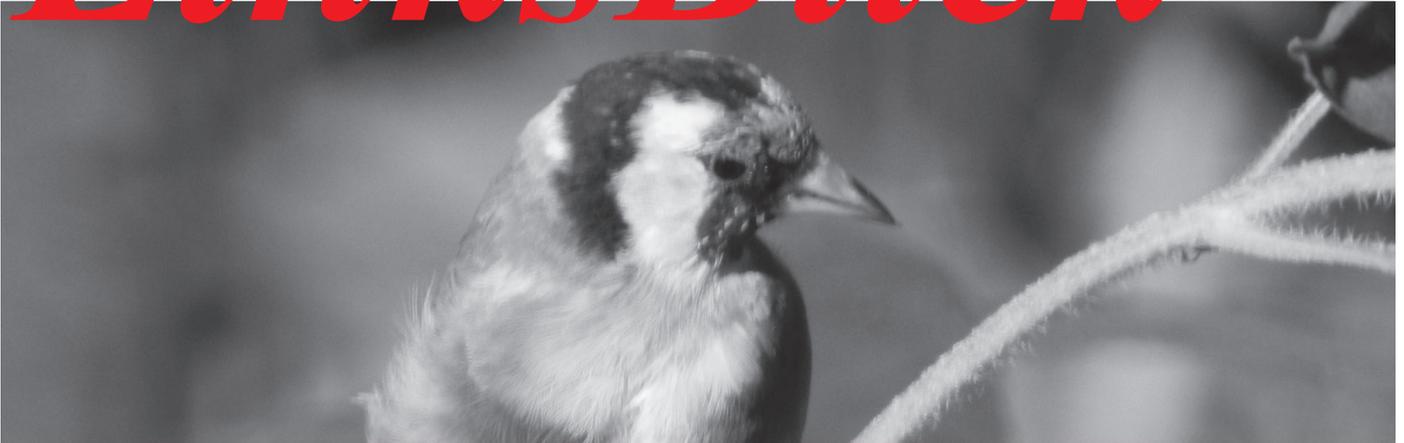


LinksBlick



Kreisverband und Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

Demokratie ist ein hohes Gut

„Demokratie ist ein hohes Gut, um das wir täglich ringen müssen.“ Dieser Satz der Ausländerbeauftragten des Kreises Teltow-Fläming, Christiane Witt, bei der Eröffnung der Ausstellung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“ im Kreishaus Luckenwalde hat sich mir fest eingeprägt.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat diese Wanderausstellung mit Unterstützung von Schülern des Luckenwalder Friedrich-Gymnasiums gestaltet. Sie belegt anschaulich, wie sich Rechtsextremismus äußert, was jeder demokratisch Denkende und Handelnde dagegen tun kann; ich betone „jeder“.

Die Ausstellung setzt sich auch mit „Stammtischparolen“ auseinander,

zeigt, wie ihnen begegnet werden kann. Sie beweist, wo Rechtsextremisten besonders gern ansetzen – bei Kindern und Jugendlichen über Musik-CDs oder Sport- und Spielvereine. Insofern ist es schade, dass sie im Kreishaus nur bis 22. November zu sehen war und trotz Information über die MAZ nur ein geringes Echo fand, auch bei den Mitarbeitern der Kreisverwaltung.

Wir sollten nicht denken, dass Rechtsextremismus im Kreis Teltow-Fläming nicht aktuell ist. 2007 gab es 73 rechtsextremistische Übergriffe, 2013 bis Ende August bereits 59; das sind die registrierten. Um Demokratie müssen wir täglich ringen, wir alle.

Ingrid Köbke,
Nuthe-Urstromtal

Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung zeigt ein neues Bild aus Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des BilderRätsels der letzten Ausgabe

Seite 9

Zitiert ...

„Je weniger Aberglaube
desto weniger Fanatismus.
Je weniger Fanatismus
desto weniger Unheil.“

Voltaire (1694-1778)

Der Kreisverband DIE LINKE.
Teltow-Fläming wünscht seinen
Mitgliedern, Freunden
und Sympathisanten
ein geruhssames Weihnachtsfest sowie
ein gesundes, erfolgreiches
und glückliches neues Jahr.



DIE LINKE.

EINE VON UNS

Im Gespräch mit Christa Zernick

Christa: Anne, wir haben schon im „Disput“ und im „LinksBlick“ einen interessanten Bericht über Deine Teilnahme an Neumitgliedertreffen unserer Partei gelesen.

Heute möchte ich Dich unseren Lesern vorstellen – einverstanden?

Anne: Natürlich. Ich bin 1982 in Magdeburg geboren; wir verzogen bald danach nach Halberstadt. Dort ging ich zur Schule, interessierte mich damals schon für Theater und Ballett. Später besuchte ich das Gymnasium in Wernigerode, sang dort im gemischten und im Mädchenchor.

Christa: In dem Jugendchor Wernigerode, der schon zu DDR-Zeiten als einer unserer besten Chöre bekannt und beliebt war?

Anne: Genau – das war unser Chor – wir wurden sehr gefordert, aber es hat auch Freude und Spaß gemacht. Dort machte ich auch das Abitur – Schwerpunkt Musik.

Christa: Wie begann Deine berufliche Entwicklung?

Anne: Ich wusste noch nicht so recht, wie es weitergehen sollte. So ging ich als Au-pair nach Chicago.

Christa: Wie ist es Dir dort ergangen?

Anne: Ich habe Kinder betreut, das war zwar anstrengend, hat aber auch Spaß gemacht.

Teilweise waren die dortigen Eltern etwas unzufrieden mit mir, weil ich nicht streng genug mit ihren Sprösslingen umging.



Annekathrin Loy

Christa: Was bedeutet Dir dieses Jahr?

Anne: Ich hatte neben der Arbeit mit den Kindern genügend Freizeit und Freiheit, bin gereist und habe viel von dem Land gesehen, unterschiedlichste Menschen kennengelernt, meinen Gesichtskreis erweitert. Auch habe ich mir einen großen Wunsch erfüllt: Ich war an den Niagarafällen.

Christa: Welche Pläne hattest Du nach der Rückkehr?

Anne: An der Freien Universität in Berlin wollte ich Sprachen (Englisch/Latein) studieren – habe mich dann aber anders entschieden und zwar für die Richtung „Öffentliches Dienstleistungsmanagement“ mit dem Schwerpunkt Controlling. 2007 habe ich den Diplom-Abschluss erworben.

Christa: Was machst Du heute beruflich?

Anne: Ich bin angestellt in einer Software-Firma in Lübeck im Standort Berlin. Mein konkretes Arbeitsgebiet

ist die Software-Beratung in öffentlichen Einrichtungen. Das befriedigt mich, denn es macht mir Spaß, mit Menschen zu arbeiten.

Christa: 2012 bist Du Mitglied unserer Partei geworden. Wie kam es dazu?

Anne: Ich war eigentlich schon immer gesellschaftlich interessiert. Meinen Mann Sascha habe ich in Zossen, wo wir wohnen, zu einer Mitgliederversammlung begleitet. Mir wurde klar: Wenn man Einfluss nehmen will, muss man selber aktiv mitmachen. So wurde ich Mitglied.

Sascha und ich interessieren uns sehr für theoretische Fragen, waren 2012 zum Marxismus-Kongress. Dort habe ich einen Vortrag zu Frauenfragen (speziell Frauen-Unterdrückung) gehalten, der gut angekommen ist. An der Arbeit unserer Parteiorganisation beteilige ich mich entsprechend meiner Zeit gern.

Christa: Was sind außerdem Deine Hobbys?

Anne: Beschäftigung mit Haustieren (Kaninchen), Sport, Fitness, am Auto schrauben, Lesen.

Christa: Ich bedanke mich für das Gespräch und wünsche Dir weiterhin Freude und Erfolg in Deiner vielseitigen beruflichen, gesellschaftlichen und persönlichen Entwicklung. <



Europäisches Arbeitsrecht

Arbeitsbesuch zwischen Hoffnung und Vision

Es ist höchste Zeit, dem europäischen, vorwiegend an wirtschaftlichen Interessen orientierten Arbeitsmodell ein europäisches Sozialmodell entgegenzustellen, zu dessen wesentlichem Kern auch das Arbeitsrecht gehört. In Weiterführung der internationalen Konferenz zu Fragen eines europäischen Arbeitsrechts im Jahr 2010 gestalteten Mitglieder der tschechischen und deutschen Linken Anfang November im tschechischen Nova Packa eine zweite Arbeitsrechtskonferenz zum Thema „Braucht Europa einheitliche arbeitsrechtliche Mindeststandards?“.

Um der Zurückdrängung der sozialen und Arbeitnehmerrechte durch die europäischen Institutionen Einhalt zu gebieten, forderten die Teilnehmer, überzeugende Mindeststandards für arbeits- und sozialrechtliche Regelungen auf europäischer Ebene zu

definieren. Diese müssen individuell und kollektiv einklagbar sein. „Um Arbeitnehmerschutzrechte wirksam umzusetzen, bedarf es eines neuen Rahmens für das Arbeitsrecht auch auf europäischer Ebene, der nur im Schulterschluss mit den Gewerkschaften durchzusetzen ist.“, sagte das Mitglied der Europäischen Linken im Europaparlament, Jaromir Kohlicek.

Die Konferenzteilnehmer, darunter Parlamentarier der Europäischen Linken, tschechische Parlamentsabgeordnete, Mitglieder des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens und des Weltgewerkschaftsbundes beschlossen darüber hinaus, den begonnenen Erfahrungsaustausch weiter zu intensivieren und gemischte AG´s zu bilden.

Steffen Hultsch,

LAG Arbeitsrecht/Arbeitsgesetzbuch

In eigener Sache

In unserer letzten Ausgabe ist uns ein technischer Fehler unterlaufen. Im Artikel „Seniorenachmittag“ von Erika Kirschner ist statt des Fotos von Frau Carola Wickmann eine Grafik mit Tabletten abgedruckt. Das war so nicht gewollt. <



Frau Carola Wickmann

„Pogromgedenken und Abschlussveranstaltung“

Unter diesem Motto versammelten sich ca.100 Menschen am diesjährigen 9. November in der Zossener Dreifaltigkeitskirche. Wir gedachten an diesem Tag, dem 75. Jahrestag der Pogromnacht von 1938, der jüdischen Bürger, die gedemütigt, verfolgt, gequält und schließlich vertrieben und ermordet wurden. Stolpersteine an verschiedenen Stellen der Stadt erinnern uns an sie, bewahren sie vor dem Vergessen-Werden.

Einen besonderen Gast konnte Superintendentin Katharina Furian begrüßen: Erhard Phillip, den Sohn des früheren Zossener Diakons Emil Phillip. Dieser hatte sich für von Nazis Verfolgte eingesetzt, war dafür ins KZ Oranienburg gebracht und nach seiner Entlassung aus Zossen vertrieben worden. Eine kleine Ausstellung erinnert daran.

Viele Veranstaltungen und Aktivitäten unterschiedlicher Gruppen aus Stadt und Kirche, von Initiativen,

Vereinen und Verbänden prägten in diesem Jahr das öffentliche Leben in Zossen. So erarbeitete z.B. die Bürgerinitiative „Zossen zeigt Gesicht“ eine Ausstellung zum Thema, der Verein „Bildung und Aufklärung in Zossen“ befasste sich mit der Geschichte der jüdischen Bürger, die Schüler der Glienicker Grundschule zeigten in der Zossener „Kleinen Galerie“ ihre selbst erarbeitete Ausstellung über Anne Frank. Es gab Diskussionen und Aussprachen zu den unterschiedlichsten Themen, auch in der Bücher- und Bunkerstadt Wünsdorf.

Ich habe an vielen Veranstaltungen teilgenommen und war beeindruckt von der Vielfalt der Gedanken und Anregungen. Besonders in Erinnerung geblieben ist mir der 8. Mai. Vormittags gab es von den Basisorganisationen Zossen und Am Mellensee der Partei DIE LINKE das Gedenken am sowjetischen Ehrenmal, am Nachmittag

führte ein bunter Denkmal-Marsch von den beiden Kriegerdenkmälern am Zossener Kiez zum VVN-Gedenkstein im Park.

Verantwortliche der Veranstaltungsreihe „Zossen erinnert an 1933“ brachten in der Abschlussveranstaltung in der Kirche übereinstimmend zum Ausdruck, dass es ein Gewinn ist, „dass wir es geschafft haben, mit allen Akteuren in Zossen endlich an einem Strang zu ziehen“.

So wollen sie auch 2014 ihre Arbeit weiter gestalten. Konkrete Vorhaben und Pläne gibt es schon.

Möge es ihnen gelingen, mit Meinungsverschiedenheiten sachlich umzugehen und persönliche Antipathien und Hass zu überwinden – das wäre ein echter Fortschritt und eine Bereicherung für das Leben in Zossen, zum Wohle der Bürger.

Christa Zernick, Am Mellensee

Ein Dankeschön an die fleißigen Verteiler

Inzwischen ist es schon zur Tradition geworden, dass die ehrenamtlichen Verteiler unseres „LinksBlick“ ein Extra-Dankeschön erfahren.

Genossinnen und Genossen und einige Sympathisanten tragen unsere Mitgliederzeitung monatlich aus – viel mehr als wir Mitglieder in unserem Kreisverband haben, das ist besonders erfreulich! In den letzten Monaten kam dann noch dieses und jenes Wahlmaterial zur Bundestagswahl dazu. Das geht im nächsten Jahr auch so weiter, denn im Mai 2014 werden die Europa- sowie Kommunalwahlen und im September 2014 die Wahlen zum Landtag stattfinden. Aber unsere Mitstreiter sind unentwegt!

In einer gemütlichen Runde von fast 20 Verteilern aus dem Altkreis Zossen und der Stadt Trebbin dankte Tina Senst, Chefin der Redaktionskommission des „LinksBlick“ und Stellvertretende Kreisvorsitzende, allen Anwesenden sehr herzlich. Gabi Pluciniczak und Christa Zernick, selbst Mitglieder der Redaktionskommission, bekräftigten diesen Dank, beantworteten etliche Fragen und erbateten auch Ideen und Vorschläge für die weitere Gestaltung der Zeitung.

Rainer Dominok, Vorsitzender des Stadtverbandes Ludwigsfelde, erfragte in einer Vorstellungsrunde Erfahrungen beim Verteilen – ernste und lustige. Rainer Weigt stellte schon mal seinen Beitrag zur Auswertung der Wahlen in Gedichtform vor. Ansonsten wurde über Gewerkschafts- und Parteiarbeit, Altanschießer, Abhörskandal, Wahlauswertung und vor allem unsere tolle Landrätin so ziemlich alles diskutiert.

Für das Wohlbefinden sorgte von der Einladung bis zum Abwasch in

bewährter Art wieder Angelika Linke, und wie sie stets versichert: so richtig gern! Ehrenamtlichen kann man gar nicht genug danken, denn es ist nicht selbstverständlich, was sie machen. Auch in Luckenwalde haben die flei-



Es wurde viel erzählt und viel gelacht

ßigen Tippler zusammengesessen. Und auch hier haben Mitglieder der Redaktionskommission Rede und Antwort gestanden. Eines der wichtigsten Anliegen war die Bitte um Reaktionen auf Artikel im „LinksBlick“, um auch mal unterschiedliche Meinungen zu



Angelika Linke & Gabi Pluciniczak

bestimmtem Themen veröffentlichen zu können, aber auch die Ermunterung dazu, Fragen, Antworten oder Diskussionen zu politischen Themen, nicht nur von Mitgliedern oder Sympathisanten, sondern auch von anderen Bürgerinnen und Bürgern aufzugreifen.

Zu erwähnen ist auch, dass sich zur

Zeit unsere Genossin Annelore Müller gemeinsam mit allen Verteilern aus dem Stadtgebiet von Luckenwalde um die Aktualisierung der Verteillisten kümmert.

Dafür an dieser Stelle an alle Mitwirkenden unseren herzlichen Dank.

Liebe Leserinnen und Leser, damit man auch mal eine Vorstellung hat, wie weit unser Aktionsradius reicht, hier ein paar Daten dazu:

Im Kreisgebiet Teltow-Fläming werden monatlich 1.800 Exemplare durch „ehrenamtliche“ Zeitungsverteiler an den Mann bzw. an die Frau ge-

bracht.

Per E-Mail erhalten den „LinksBlick“ im Moment 50 Leserinnen und Leser, das ist sicher noch ausbaubar.

Auch die Genossinnen und Genossen aus der Partnerstadt von Luckenwalde, Bad Salzuflen, werden mit Informationen versorgt.

Gleiches gilt für den Kreisverband DIE LINKE. Lippe.

Schließlich haben wir noch Leser in Schwebheim (Landkreis Schweinfurt).

Und wer noch in Erinnerungen schwelgen möchte, kann bis zum Jahr 2007 zurück alle Ausgaben, damals noch „DIE LINKE. Aktuell“,

nachlesen. Zu finden sind all diese Ausgaben unter:

www.dielinke-teltow-flaeming.de.

Ein großes Dankeschön an alle!

Angelika Linke, Ludwigsfelde & Gabi Pluciniczak, Nuthe-Urstromtal

Schon gewusst?

Woher kommen unsere Steuereinnahmen?

Laut Bankenverband kamen 2012 ca. 600 Milliarden Euro an Steuern zusammen: 426,2 Mrd. Euro aus Lohn- und Einkommenssteuer, Mehrwertsteuer u.a. (Gemeinschaftssteuern), 99,8 Mrd. Euro aus Kfz-, Energie-, Tabaksteuer, Solidaritätszuschlag u.a. (Bundessteuern), 14,2 Mrd. Euro aus Grunderwerbs-, Erbschaftssteuer u.a. (Ländersteuern), 55,4 Mrd. Euro aus Gewerbe-, Grundsteuer u.a. (Gemeindesteuern), 4,5 Mrd. Euro aus Zöllen.

Wie werden die Steuern verteilt?

2012 erhielten davon 256,3 Mrd. Euro die Bundeskasse, 236,3 Mrd. Euro die Länderkassen, 81,1 Mrd. Euro die Gemeindekassen, 26,3 Mrd. Euro die EU-Kassen.



Kinderarbeit – weltweit

11% aller Fünf- bis 17-Jährigen, d.h. mehr als jedes zehnte Kind, arbeiten über die Maßen schwer. Laut Internationaler Arbeitsorganisation (ILO) ist die Kinderarbeit zwar seit 2.000 weltweit um ein Drittel zurückgegangen. Aber vom Ziel der UNO, bis 2016 die schlimmsten Formen der Kinderarbeit zu beseitigen, ist die Wirklichkeit weit entfernt. Insgesamt sind 168 Millionen Kinder davon betroffen, über die Hälfte unter unwürdigsten Bedingungen wie Arbeit unter Tage und bei Nacht. Die schlimmsten Auswüchse hat Kinderarbeit in der Subsahara-Zone, wo 21,4% betroffen sind. Gar nicht messbar ist unbezahlte Kinderarbeit in den Familien, vor allem in der Landwirtschaft. Die Armut führt dazu, dass den Kindern oft sogar minimale Bildung verwehrt ist. <

Großer Koalitionsschacher

*Die Schwarzen haben es gebracht,
sie bleiben weiter an der Macht.
Sie wollen den Superreichen nützen,
indem sie deren Reichtum schützen.*

*Alle Parteien klangen sehr sozial.
Wer meinte es ernst? Nun rate mal.
Die Schwarzen sagen, es gäbe reichlich Steuergeld,
obwohl es doch bei allem fehlt.*

*Familien, Gesundheit, Infrastruktur und Bildung
kommen ohne mehr Geld niemals in Schwung.
Soziales, Rente zum Leben und andere Sachen -
ohne viel mehr Geld ist nichts zu machen.*

*Die CSU erzwingt eine Maut,
dafür werden weniger Kitas gebaut.
Rentenreform kommt auch nicht zum Ziel,
weil jeder ganz etwas anderes will.*

*Die CDU stellt sich beim Mindestlohn quer.
Im Osten weniger, dafür im Westen wenig mehr.
Jetzt flächendeckend 8,50 € Mindestlohn
steht in sehr fernen Sternen schon.*

*Ungleiche Schulbildung in deutschen Ländern -
auch da wird sich nichts zum Guten ändern.
Man schachert weiter um Posten und Macht.
Nur an das Volk wird nicht gedacht.*

*Lobbyisten bekämpfen Gesetzesvorlagen schon.
Fam. Quant zahlte an Schwarz/Gelb den Lohn.
Eine Reichensteuer wird es mit der CDU nicht geben,
dafür Löhne, die nicht reichen zum Leben.*

*Die Mächtigen werden dem Volke nichts schenken,
auch wenn jetzt viele an Weihnachten denken.
Unseren Unmut müssen wir ganz deutlich zeigen,
dann wird sich Fortuna auch uns zuneigen.*

*Die Umverteilung nach oben muss sich ändern,
nicht nur in unseren deutschen Ländern.
Solidarisch gemeinsam unser Gewicht einbringen,
nur so wird Wohlstand für alle gelingen.*

Rainer Weigt

Neues aus dem Landtag

Fraktion DIE LINKE. im Landtag Brandenburg

12,7 Mio. Euro mehr für eine gute Flüchtlingspolitik

Was tun, wenn die eigene Existenz und die der ganzen Familie in Gefahr ist, wenn durch Bürgerkrieg, religiösen Hass oder Verfolgung das Leben nur noch aus Todesangst besteht? Flucht – mit Hoffnung auf freundliche Aufnahme, weit weg von der Heimat – das ist oft die letzte Chance.

Für DIE-LINKE-Fraktion steht fest: „Darauf muss die Politik reagieren. Das rot-rote Brandenburg will deshalb die Kommunen und Landkreise bei der Unterbringung der Flüchtlinge unterstützen. Die Koalitionsfraktionen haben deshalb im Zuge des Nachtrags Haushalts entsprechende Anträge für mehr Geld eingebracht – insgesamt 12,7 Millionen Euro“, so der Fraktionsvorsitzende Christian Görke.

Im Übrigen: BrandenburgerInnen sind nicht nur gastfreundlich, sie haben vor allem ein großes Herz. Deswegen ist für DIE-LINKE-Fraktion klar, was zu tun ist. Christian Görke: „Wir wollen, dass die Flüchtlinge hier im Land menschenwürdig leben können – das heißt, nicht in Gemeinschaftsunterkünften, sondern in Wohnungen. Wir wollen sie in unser gesellschaftliches Leben integrieren.“ Wie ein Mensch leben: Das steht jedem Menschen zu. Das gilt immer – und bei Notleidenden erst recht.

Stabiles Grundschulnetz gesichert

Der Bericht ist eine gute Grundlage für eine nachhaltige Stabilisierung des Grundschulnetzes im Weiteren Metropolenraum (WMR). Er wurde am Runden Tisch erarbeitet und in breitem Konsens verabschiedet.

Der Bericht zeigt Lösungsvarianten auf, wie trotz dramatisch sinkender Einschulungszahlen ab 2019 das Prinzip „Kurze Beine – kurze Wege“ für GrundschülerInnen in guter Qualität aufrechterhalten werden kann. Damit könnten fast alle der ca. 300 Grundschulen im WMR erhalten werden. DIE LINKE unterstützt die

Empfehlung der Kommission zur Bildung von Filialen und zur freiwilligen Erprobung von Schulverbänden. Gleichwohl bedauern wir, dass der Auftrag der Kommission nicht auf Schulen der Sekundarstufe I und II ausgeweitet worden ist. Außerdem spiegeln sich die Auswirkungen der Inklusion in den Empfehlungen der Kommission kaum wider.

Der Bericht bestätigt uns, dass eine wirklich nachhaltige Entwicklung gerade ab 2019/20 durch die Entwicklung von Strukturen ermöglicht werden muss, in denen SchülerInnen länger gemeinsam lernen können. Dies forderten auch die GEW und der Städte- und Gemeindebund. Der Demografiebericht ist damit eine gute Grundlage für die Entwicklung von Konzepten für eine „Gute Schule für alle“.

Kommunale Finanzausstattung wird weiter gestärkt

Über die steigenden Einnahmen des Landes Brandenburg 2013/14 können sich auch die Kommunen freuen. Durch das Weiterreichen des 20-prozentigen Anteils der prognostizierten Mehreinnahmen des Jahres 2014 und der Abschlagszahlung für 2013 erhöhen sich die allgemeinen Schlüsselzuweisungen für die kommunale Familie um rund 8,7 Mio. Euro.

Somit werden diese auch im Jahr 2014 auf dem gleichen hohen Niveau von 2013 fortgeführt. Dazu kommen noch einmal zehn Mio. Euro, die über den zusätzlichen Sozial- und Jugendhilfelausgleich bedarfsgerecht an die kommunalen Aufgabenträger verteilt werden. Besonders erfreulich ist, dass so über 1,456 Mrd. Euro den Kommunen vom Land zur Verfügung gestellt werden. Dies ist ein neuer Spitzenwert! Darüber hinaus entwickeln sich aber auch die eigenen Steuereinnahmen der Kommunen mittelfristig positiver als noch bei der Haushaltsplanung

vor einem Jahr und auch in der letzten Steuerschätzung im Mai dieses Jahres angenommen. Während die brandenburgischen Kommunen im Jahr 2012 über Steuereinnahmen i.H.v. 1,527 Mrd. Euro verfügten, werden diese 2013 auf 1,641 Mrd. Euro anwachsen. 2014 werden dann 1,709 Mrd. Euro prognostiziert und 2018 soll dann die Zwei-Milliarden-Euro-Grenze durchbrochen werden. Trotzdem gehört für DIE LINKE die Entlastung der kommunalen Ebene von den drückenden Sozialausgaben weiterhin auf die Tagesordnung der Bundespolitik.

Rot-schwarzer Berliner Senat muss handeln

Die Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg steht für die vollbetriebliche Vertretung der Freien MitarbeiterInnen des RBB durch den Personalrat. Deshalb haben wir von Anfang dafür plädiert, dass das Berliner Personalvertretungsgesetz für alle RBB-MitarbeiterInnen gilt.

Leider sind unsere Intentionen bisher am rot-schwarzen Berliner Senat gescheitert. Denn nach § 35 des RBB-Staatsvertrages ist für den RBB das Recht des Landes Berlin anzuwenden. In der Anhörung wurde dies durch den Vertreter des Journalistenverbandes Berlin-Brandenburg verdeutlicht. Er wies darauf hin, dass hier das Berliner Personalvertretungsgesetz greift.

Deshalb halten wir die jetzt vorgeschlagene Statuten-Regelung zur Stärkung der Freien-Vertretung für einen ersten Schritt in die richtige Richtung. Aber spätestens mit der im Staatsvertrag festgelegten Evaluierung in zwei Jahren sind weitere Schritte notwendig. Wenn die Brandenburger CDU tatsächlich die betriebliche Vertretung der Freien durch den Personalrat will, muss sie ihre ParteikollegInnen in Berlin zum Handeln bringen. DIE LINKE wird sich diesem Anliegen nicht verweigern. <

Volkstrauertag in Trebbin

Das zentrale Gedenken für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft für den Kreis Teltow-Fläming fand dieses Jahr in Trebbin statt. Im Rahmen dieser Feier wurden Gedenktafeln für die im 2. Weltkrieg gefallenen Trebbiner auf dem Friedhof enthüllt. Der Heimatverein hat eine Anregung der Trebbiner Bürger aufgenommen und mit Bürgermeister und Pfarrer gemeinsam umgesetzt. Bisher sind 150 Namen von Trebbiner Kriegsoptionen erfasst. Etwa die Hälfte davon ist bisher auf den Tafeln eingraviert. Für die anderen ist noch genug Platz vorhanden. Es wird aber noch um weitere Spenden dafür gebeten.

Pfarrer Wildner hat sich im Vorfeld mit den Konfirmanden mit diesem Thema befasst und ihnen einen Film über die Bombardierung Dresdens am 13. und 14. Februar 1945 gezeigt. Danach habe ich als Überlebender dieses Angriffs über meine Erfahrungen und Folgerungen daraus berichtet. Besonders bin ich auf die verheerenden Auswirkungen der Bombardierung zum Feuersturm und die Folgen für die Zivilbevölkerung eingegangen. Aber das haben viele Städte leidvoll ertragen müssen. Doch besonders Dresden steht im Zeichen der „Weißen Rose“ für „Versöhnung über den Gräbern“. Die weltweiten Bemühungen und Spenden für den Wiederaufbau der Frauenkirche sowie das Nagelkreuz aus Coventry sind ein beredtes Zeichen dafür.

Die Gedenkfeier begann mit dem Sonntagsgottesdienst. Die Trebbiner St. Annenkapelle war so gut besucht, dass trotz zusätzlicher Stühle nicht alle sitzen konnten. In der Predigt sprach Pfarrer Wildner von Gottes Gericht und Schuld aller Menschen, aber auch von Reue und Vergebung. Er belegte es treffend mit dem „Hauptmann von Köpenick“. Der fragt sich verzweifelt, wie er vor seinen himmlischen Rich-

ter treten soll: „Ich habe doch nur Fußmatten im Knast geflochten. Zeit und Gelegenheit, anderen Menschen Gutes zu tun, hatte ich nicht“. Doch weil Gott durch seinen Sohn andere Maßstäbe setzt als die Menschen, braucht auch der Schuster keine Angst um sein Seelenheil zu haben.

Dann ging es draußen an den Gedenktafeln weiter. Auf Handzetteln war vorher das „Versöhnungsgebet von Coventry“ verteilt worden. Es ist ein Schuldbekennnis aller Menschen



Auch in Jüterbog wurde der Opfer von Krieg und Gewalt gedacht

Foto: K. Pollmann

und Nationen. Besonders angesprochen werden: Hass der Menschen untereinander, Gier nach den Gütern und Ressourcen anderer Völker sowie der Erde allgemein, Neid auf das Wohlergehen anderer, dafür mangelnde Teilnahme und Hilfe für Notleidende und Flüchtlinge, Entwürdigung durch sexuellen Missbrauch und Hochmut, der andere und uns selbst entwürdigt. Pfarrer Wildner las die Verse vor und alle bestätigten mit „Vater vergib“. Ein anschließendes gemeinsames „Vater Unser“ beschloss den kirchlichen Teil.

Anschließend hielt Bürgermeister Berger seine bewegende Ansprache. Er offenbarte eigene Todesängste im Traum, die mit dem Erwachen gegenstandslos werden, für Soldaten im Kriegseinsatz aber sehr real sind. Er sprach weiterhin davon, dass Kriege nur um Macht und Besitz geführt werden. Tod, Not und Elend müssen die Machtlosen ertragen. Keiner kann sich rausreden, Kriege werden von

Menschen gemacht und müssen deshalb mit jedem einzelnen gemeinsam verhindert werden.

Unsere Landrätin, Kornelia Wehlan, verlas dann noch die offizielle Botschaft des Bundespräsidenten zum Volkstrauertag. Sie fühlte sich in Herrn Bergers Ausführungen gut aufgehoben. Dem kann ich nur zustimmen.

Gegen 12.30 Uhr ging es im Clauerthaus mit Berichten und Fragen an vier Zeitzeugen weiter. Zwei alteingesessene Trebbinerinnen berichteten von jüdischen Schulkameraden, die plötzlich verschwunden waren, weiter von einzelnen Bombeneinschlägen und ihrer Angst, obwohl Trebbin nicht direkt bombardiert wurde. Lazarette waren unter anderem hier im Clauerthaus und im Henriettenstift eingerichtet. Auch an die hungernden Berliner,

die ihre letzte Habe für etwas Essbares eintauschen wollten, haben sie sich erinnert. Ein damaliger Flüchtlingsjunge aus dem ehemaligen Warthegau, heute Polen, erzählte von der überstürzten Flucht, nur mit dem Allernötigsten, Spielzeug gehörte nicht dazu, angstvollen Wartezeiten vor Brücken, obwohl die Russen schon sehr nah waren. Aber Militär hatte Vorrang und war rücksichtslos. Auch die Angekommenen wurden nicht mit offenen Armen empfangen. Über 20 Flüchtlinge mussten zeitweise in einem Zimmer hausen. Es war eine schlimme Zeit. Ich berichtete über Dresden und wofür es heute steht.

Es war insgesamt eine würdige Feier im Rahmen von Gedenken an schmerzhaft familiäre Verluste und Mahnung an Überlebende und Nachkommen zum friedlichen Zusammenleben aller Völker. Dabei waren alle Generationen einbezogen.

Rainer Weigt, Klein Schulzendorf

Notizen aus dem Karl-Liebkecht-Haus

von Maritta Böttcher

Mindestlohn ist der Lackmustest für die SPD

„Die SPD eiert in den Koalitionsverhandlungen mit der Union beim Thema flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn rum“, kommentiert der Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Bernd Riexinger, die Verlautbarungen, dass es eine abgespeckte Variante des Mindestlohns wahrscheinlich erst 2016 geben soll. Es muss ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro im Jahre 2014 eingeführt werden. Die SPD läuft Gefahr, vor den Drohgebärden der Arbeitgeberverbände einzuknicken. Ihr zentrales Wahlversprechen wird immer mehr aufgeweicht. Weder die Höhe eines Mindestlohns noch der Zeitpunkt seiner Einführung sind bisher in den Koalitionsverhandlungen mit der Union geklärt worden. Selbst 8,50 Euro pro Stunde können nur ein Einstig in den flächendeckenden Mindestlohn sein und schützen nicht vor Altersarmut. DIE LINKE fordert deshalb seit Langem zehn Euro. Sollten sich die SPD-Koalitionäre auf eine Einführung irgendeines Mindestlohnes unter 8,50 Euro erst im Jahre 2016 einlassen, wäre das der größtmögliche Verrat an den eigenen Wählerinnen und Wählern.

Papier ist geduldig

Der „Bericht zum Stand der deutschen Einheit“ bewertet die Entwicklung im Osten positiv. Diese Einschätzung liegt am rein westlichen Blickwinkel, erklärt der Bundesgeschäftsführer der LINKEN, Matthias Höhn: Läuft doch gut im Osten - so knapp ließe sich aus Sicht der Bundesregierung die Situation in den östlichen Bundesländern wohl zusammenfassen. Die Wirklichkeit im Osten sieht anders aus: Dass nach über 20 Jahren massiver Abwanderung aus dem Osten die Zahl der Abwandernden zurückgeht, ist mathematisch nicht verwunderlich

und ändert rein gar nichts daran, dass vorwiegend junge Menschen im Osten keine Perspektive haben und sich früh in Richtung Westen orientieren. Dass nach über 20 Jahren nur die Lebenshaltungskosten, aber nicht die Löhne Westniveau haben, ist nach wie vor ein Skandal. Und es ist absurd, auch nur in Erwägung zu ziehen, einen möglichen gesetzlichen Mindestlohn in Ost und West unterschiedlich anzusetzen. Das geht meilenweit an den Realitäten vorbei, verschärft nur das Gefühl im Osten, abgehängt zu sein. Dass nach über 20 Jahren eine Rentenangleichung Ost-West noch immer nicht in Sicht ist, ist eine politisch gewollte Abwertung der im Osten vollbrachten Lebensleistung und nicht länger hinnehmbar. Schöne Autobahnen und Bahntrassen sind wichtig - aber bei Weitem nicht alles, wenn es um die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse geht. Dazu gehören zwingend gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, gleiche Renten und gleiche Perspektiven und Chancen. Daran mangelt es im Osten. DIE LINKE fordert einen Solidarpakt 3 für die Zeit nach 2019, der die Einheit als Gesamt- und Gemeinschaftswerk begreift, der wirtschafts- und strukturschwache Regionen in Ost wie West fördert und so die neidfreie Gleichwertigkeit schafft.

Das Parlament aus dem Koma holen

Der Deutsche Bundestag hat sich am 22. Oktober 2013 konstituiert. Selbstherrlich haben sich Union und SPD als erste Amtshandlung auf je eine weitere Bundestags-Vizepräsidentin bzw. einen weiteren Vizepräsidenten für sich verständigt. Das war's dann auch schon. Der Bundestag könnte voll arbeitsfähig sein. Wir haben eine amtierende, handlungsfähige geschäftsführende Bundesregierung und es gibt genug zu



tun. Dass Union und SPD die Sitzungswochen des Bundestages einfach ausfallen lassen, zeugt von einer ungeheuren Arroganz und einer groben Missachtung unseres Grundgesetzes. Nicht die Bundesregierung, schon gar nicht eine Bundesregierung in spe, sondern der Deutsche Bundestag ist der demokratische Souverän.

Die beiden größten Fraktionen wollen einen so genannten Hauptausschuss einsetzen, um der notwendigen Ausschussbefassung formal Genüge zu tun. Die Hauptbegründung lautet, dass ja vor der Regierungsbildung die Personalien in den Fraktionen nicht zu regeln seien. Im Klartext: Da man ja noch nicht wisse, wer mal Ministerin oder Staatssekretär würde, könne man jetzt auch keine Ausschüsse besetzen und deren Vorsitzende wählen lassen. Ein ganzes Parlament wird in Haftung genommen, weil zwei Parteien sich erstmal sortieren müssen. Ein verheerendes Signal an die Wählerinnen und Wähler, die Entscheidungen von der Politik erwarten. Ein paar Sondersitzungstage und ein Rumpfausschuss in Planung wiegen dieses Signal nicht auf. <

DIE
DIE LINKE.
RENTE
www.die-rente-die-linke.de

Politische Bildung – zeitnah

„Syrien – Besteht jetzt die Hoffnung auf eine politische Lösung?“ – So lautete das Thema des Bildungsabends im November, zu dem sich die Luckenwalder LINKEN Prof. Dr. Karin Kulow eingeladen hatten. Mittlerweile kennen wir uns schon recht gut, besuchte sie uns doch schon zum dritten Mal und knüpfte an ihre Aussagen von 2012 an.

Die Situation in Syrien ist verheerend. Laut UNO hat es bereits über 100.000 Tote gegeben, ein Viertel der Bevölkerung ist auf der Flucht, geschätzt werden vier bis fünf Millionen Menschen. Auch die Nachbarländer, Libanon, Türkei, Jordanien, sind in den syrischen Konflikt einbezogen. Am 21.08.2013 hat es einen Giftgasanschlag gegeben, der ca. 1.000 Tote gefordert hat. Die Assad-Regierung bestreitet, den Angriff ausgelöst zu haben. Es wird vermutet, dass Assad-Gegner ihn provoziert haben, um die USA zum Eingreifen zu bewegen, weil damit die „Rote Linie“ überschritten worden ist. Es ist bekannt, dass ehemalige Libyen-Kämpfer bei den syrischen Rebellen mitkämpfen; in Libyen war bekanntlich Giftgas gefunden worden. Da Großbritannien und Frankreich für einen Militärschlag

plädierten (Deutschland reagierte zurückhaltend.), hing international viel vom Verhalten Russlands und Chinas ab. Russland hat die syrische Regierung bewegen können, dem Chemiewaffensperrvertrag beizutreten und so den Weg für die Vernichtung aller syrischen Chemiewaffen frei zu machen. So hat Russland die Voraussetzungen für eine politische Lösung erreicht. Ob eine zweite Genfer Konferenz möglich ist, hängt vom Verhalten aller Verhandlungspartner ab. Russlands internationales Ansehen ist dank des Verhandlungsgeschicks seines Außenministers Lawrow stark gewachsen. Er gilt zur Zeit als **der** Diplomat. Ein zweites Libyen ist zunächst abgewendet.

Bei den Westmächten hat sich folgende Erkenntnis durchgesetzt: 1. Assad ist nicht einfach so zu stürzen. 2. Die Opposition bildet keine Einheit (Teilweise kämpfen die Gruppen gegeneinander.), sie würde nach Assads Sturz kein politisches Vakuum füllen. 3. Gegenwärtig sind die Terroristen in der Freien Syrischen Armee und in anderen Gruppierungen dominant. Sie werden von Saudi Arabien und Katar finanziell unterstützt, werben so Söldner an. Die Gefahr besteht, dass

Syrien ein Al-Quaida-Staat wird. Der Westen verlangt unter diesen Bedingungen nicht mehr den Rücktritt von Assad, dessen zweite Amtszeit 2014 ausläuft.

Positiv verändert hat sich auch das Verhältnis der USA zum Iran, der Assad unterstützt. Ob die entstandene Einheit zwischen Russland und den USA zur Beendigung des Bürgerkrieges dauerhaft hält, das ist ungewiss.

Eine große Rolle spielen in diesem Konflikt auch die verschiedenen Richtungen des Islam, nicht nur die Spaltung in Schiiten (Iran vorrangig) und Sunniten, sondern auch die orthodoxe Variante in Form des Wahhabismus.

Die Genfer Konferenz ist umstritten. Die syrische Opposition will sie ohne Assad. Saudi Arabien will einen Zeitrahmen für sein Verschwinden von der Macht. Die Türkei und die Westmächte unterstützen die Opposition. Die USA wollen auch die Opposition an den Verhandlungstisch bringen. Die Extremisten bezeichnen die Konferenzteilnehmer als Landesverräter, die bekämpft werden müssen. Allein diese Fakten verdeutlichen, wie kompliziert die Situation ist. Wir hoffen, dass die politische Vernunft siegt.

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal

Auflösung BilderRätsel



Zu sehen ist hier der Backofen in Jänickendorf. In vielen Dörfern der Region hat das gemeinsame Backen im Dorfbackofen wieder neue Anhänger gefunden. Besonders beliebt ist diese alte Tradition auf Dorffesten.

Neben dem Jänickendorfer Backofen steht die Museums-scheune. Dort kann man Zeugnisse des ländlichen Lebens der

letzten 200 Jahre besichtigen.

Kinder und auch Erwachsene dürfen hier mit verschiedenen Geräten hantieren und so nachvollziehen, wie schwer und zeitaufwändig die Arbeit einst war. Sei es nun das Wäschewaschen auf einem Waschbrett, das Mahlen von Kaffee in einer alten Kaffeemühle, das Schrotten von Getreide oder das Schleifen mittels Schleifbock. <

Ein Buch – Viele Fragen

Eine Kurznachricht im „nd“ vom 1. November 2013 schockiert sachkundige Leser schon mit der Überschrift: „Anführer des Pol-Pot-Regimes weisen alle Vorwürfe zurück“. Zwischen 1975 und 1979 herrschte in Kambodscha das Pol-Pot-Regime, das unter dem Deckmantel des „Kommunismus“ eine Gesellschaft installierte, die die Periode des „Großen Sprungs“ in China noch in den Schatten stellte. Ein Viertel der Bevölkerung wurde vernichtet – ermordet, verhungert. Die Roten Khmer maßten sich an, die Individuen zu „Massenmenschen“ im Kollektiv zu erziehen. Pol Pot ist bereits verstorben, war in Abwesenheit wegen Völkermords und anderer Vergehen vorher zum Tode verurteilt worden. Zwei ranghöchste Anführer dieses Regimes erwarten Anfang 2014 ihr Urteil. Beide haben sich in den bis vor Kurzem laufenden Verhandlungen für „nicht schuldig“ erklärt.

Dieses Regime ist Gegenstand einer literarischen Reportage. Der Verfasser, der 1972 geborene Schwede Peter Fröberg Idling, begibt sich auf die Spuren einer vierköpfigen schwedischen Delegation, die 1978 für 14 Tage das „Demokratische Kampuchea“ (So hieß Kambodscha damals.) bereisen durfte. Fröberg Idling kennt Land und Leute sehr gut. Eine Frage lässt ihn nicht zur Ruhe kommen: Wie kann es sein, dass vier intelligente Menschen 14 Tage durch ein Land reisen, ohne die wahren Verhältnisse –

Massenmord, Hunger, Zwangsarbeit, Unfreiheit – zu sehen?

Im Vorwort heißt es: „Es (das Buch) handelt auch vom Besuch der vier Schweden, davon, wie man sehend und blind zugleich sein kann. ... Wie entsteht Wahrheit? Was ist der Unterschied zwischen dem, was ich sehe, und dem, was ich sehen will?“



Gibt es einen solchen Unterschied überhaupt? Oder sehen wir stets nur das, was uns die Geschichte zu sehen zwingt, damit nicht die ganze Welt aufhört sich zu drehen?“

Mich schockierte der Titel – „Pol Pots Lächeln“. Ich kann mir bis heute kein natürliches Lächeln im Gesicht dieses Massenmörders vorstellen. Das reizte mich, dieses Buch bei der Büchergilde Gutenberg zu bestellen und zu lesen.

Der Autor bedient sich der literarischen Reportage, das heißt, er verarbeitet Reiseberichte der schwedischen Delegation von 1978, trifft damalige Zeitzeugen, sowohl von der Seite der damals Herrschenden als

auch von Geknechteten, die wie durch Wunder überlebt haben. Immer wieder verfolgt den Autor und seine Leser die Frage: „Wie kann man geradewegs durch einen der größten Massenmorde des 20. Jahrhunderts reisen, ohne etwas zu sehen?“ „Irgendwo musste der Terror doch zu ahnen gewesen sein.“ Als Leser erfahre ich aber auch

Fakten aus den Biographien der Pol-Pot-Leute, dass zum Beispiel eine Gruppe ein Studium in Paris abgeschlossen hatte. Sie waren selbst Intellektuelle, die mit ihrem Machtantritt diese Bevölkerungsschicht fast ausgerottet hatten. Es gibt fiktive Passagen zu den Fakten, die Fröberg Idling nicht mehr persönlich nachprüfen kann.

Es ist keine leichte Lektüre, da die Handlungsorte und -zeiten ständig wechseln. Ich hatte den Eindruck, dass sich der Verfasser sein „Bild“ wie ein Mosaik, wie ein Puzzle zusammensetzt und das gemeinsam mit dem Leser tut. Er ist sich nicht sicher, ob er, wäre er Mitglied dieser Delegation gewesen, hinter die Fassade geblickt hätte. Er wünscht es sich.

Natürlich wirft diese Reportage die Frage auf: Gehen wir den Dingen immer auf den Grund oder lassen wir uns durch vielfältige „Fallen“ täuschen? Die größte Gefahr sehe ich allerdings in der Gleichgültigkeit gegenüber gesellschaftlichen Prozessen. Und hier rüttelt „Pol Pots Lächeln“ gründlich auf.

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal

Neudeutsch erklärt

Eruieren

Das Wort kommt aus dem Lateinischen und bedeutet herausbringen, ermitteln, bewerten.

Arrondieren

Arrondieren kommt auch aus dem Lateinischen und steht für Grundbesitz abrunden, zusammenlegen – Arron-

dissements sind in Frankreich Bezirke.

Evaluieren

Evaluieren bedeutet ein Gebiet von Bewohnern räumen, sie aussiedeln. Valuer bedeutet im Lateinischen „bewerten“. Evaluieren wird vielseitig verwendet. Es kann Beschreiben, Analysieren und Bewerten von Prozes-

sen, Organisationseinheiten bedeuten, besonders im Bereich von Bildung, Gesundheitswesen, Entwicklungshilfe, Verwaltung, Wirtschaft. Es bezieht Voraussetzungen, Rahmenbedingungen, Strukturen, Prozesse und Ergebnisse mit ein.

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal



Wir trauern

Wir trauern um unser ehemaliges Mitglied
unserer Basisorganisation Nuthe-Urstromtal

Klaus Wetzel,

der uns am 25. Oktober 2013 im 76. Lebensjahr
nach kurzer schwerer Krankheit für immer verlassen hat.

Klaus, wir werden Deine aktiven Jahre in unserer BO nie vergessen.
Du bist Deinen Idealen aus DDR-Zeiten treu geblieben,
hast Dich für ein neues, gerechteres,
solidarisches Deutschland eingesetzt.

Dafür danken Dir Deine Mitstreiter.

Basisorganisation
DIE LINKE.
Nuthe-Urstromtal

Kreisverband
DIE LINKE.
Teltow-Fläming

Wir trauern um Genossin

Gisela Schulz

Wir werden ihr Andenken bewahren.

Basisorganisation
DIE LINKE.
Blankenfelde-Mahlow

Kreisverband
DIE LINKE.
Teltow-Fläming

Termine

04.12.2013 10.00 Uhr

Redaktion
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

13. + 14.12.2013

Klausurberatung von Kreisvorstand
und Kreistagsfraktion
Erlebnishof Werder

*Vom 24. bis 26. Januar 2014
findet die 1. Tagung des 4. Landes-
parteitages DIE LINKE. Brandenburg
in Potsdam statt.
Gleichzeitig wird die VertreterInnen-
versammlung zur Aufstellung und
Wahl der Kandidatinnen und Kandida-
ten für die Landesliste zu den Wah-
len zum Brandenburger Landtag im
Herbst 2014 durchgeführt. <*



**Am 12. Januar 2013
gedenken wir
Karl Liebknechts
und
Rosa Luxemburgs
in Berlin-Friedrichsfelde.**

Herzliche Glückwünsche senden die Basisorganisationen und Vorstände den Jubilaren, die in diesen Tagen Geburtstag feiern

Inge Krumpach in Mahlow zum 79. Geburtstag am 13.12.
Werner Finkewitz in Luckenwalde zum 92. Geburtstag am 15.12.
Martina Luedecke in Jüterbog zum 76. Geburtstag am 15.12.
Gerhard Krause in Großbeeren zum 91. Geburtstag am 22.12.
Dr. Heidrun Nobis in Mahlow zum 72. Geburtstag am 24.12.
Dr. Fritz Lenk in Dahlewitz zum 82. Geburtstag am 28.12.
Hans-Jürgen Scholz in Dahlewitz zum 72. Geburtstag am 29.12.
Hans-Joachim Steudte in Mahlow zum 79. Geburtstag am 02.01.14

**Helmut Scheibe in Niedergörsdorf zum 75. Geburtstag am 11.12.
Heinz Köster in Blankenfelde zum 75. Geburtstag am 16.12.
Hartmut Mating in Jüterbog zum 60. Geburtstag am 24.12.
Irmgard Staffehl in Mahlow zum 80. Geburtstag am 29.12.
Gisela Ebel in Jüterbog zum 60. Geburtstag am 30.12.
Ilka Schulze in Dahme/Mark zum 65. Geburtstag am 01.01.14
Johanna Schabehorn in Markendorf zum 100. Geburtstag am 05.01.14**

Freude schenken

Auch in diesem Jahr findet wieder eine Weihnachtsfeier für die Kinder von Asylbewerbern in Luckenwalde statt. Aber dieses Mal sind ganz viele Mitinitiatoren an der Vorbereitung und der Durchführung beteiligt.

Am 12.12.2013 von 15.00 bis 17.00 Uhr findet eine Weihnachtsparty auf dem Märchenweihnachtsmarkt auf dem Luckenwalder Marktplatz für alle interessierten Kinder bis 14 Jahre

aus Luckenwalde und Umgebung, egal welcher Herkunft, statt.

In den Kinder-
einrichtungen werden kleine
Geschenke ge-
bastelt, die dann



vom Weihnachtsmann an die teilneh-
menden Kinder der Weihnachtsparty
verteilt werden. Auch ein kleines Pro-
gramm wird es geben. Anmeldelisten
liegen in den KITA´s und Horten aus. <

DIE LINKE.
Kreisverband Teltow Fläming

IMPRESSUM

Geschäftsstellen: 14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel: 0 337 1/632267, Fax: 63 69 36,
14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel: 033 72/432691, Fax: 443033,
14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17, Tel: 03378/510653, Fax: 03378/510654
Spendenkonto: 363 302 7415, BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam
Redaktionsschluss: 13. November 2013, der nächsten Ausgabe: 04. Dezember 2013

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers
übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming,
V.i.S.d.P.: T. Senst, E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de